

Dresdner Volkszeitung

Geschäftsstelle: Dresden, Gaben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringenloh monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnummer 60 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferpl. 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettendorferpl. 10, Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 gelbe Zeilen Komposition 5,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die 8 gelbe Zeilen Komposition 20,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabemöglichkeit. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Kleinzeilen 1 M.

Nr. 75

Dresden, Mittwoch den 29. März 1922

33. Jahrg.

Vor neuen Verhandlungen

Wir stehen außenpolitisch wieder einmal vor der Frage des „Was nun?“ Das deutsche Volk hat diese Situation seit dem Zusammenbruch so oft durchkosten müssen, daß es gegen solche Schrecken ziemlich abgehärtet ist. Aber wer die Sachlichkeit, Nächstenliebe und Pathoslosigkeit beachtet, mit der Deutschlands Reichskanzler gestern im Reichstag über die jüngste Ententente sprach, der wird schon aus der Rührerwelt des Lones die Schwere der Situation ermessen können. Er ging auf die Entstehungsgeschichte dieser Note ein und sprach aus, was zu erwarten war: daß nicht daran zu denken sei, unverzüglich einen Plan zur Vermehrung der Steuern vorzubereiten, der im Laufe des Rechnungsjahres 1922/23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark über das jetzige Steuerwerk hinaus erbringen könnte. Er wendet sich gegen den Verlust der Entente, die jetzt in die Exekutiv der deutschen Regierung, in die Hoheitsrechte der Nation und in die gesetzgebenden Befugnisse des Reichstages eingzugreifen versucht. Es wäre das Ende der Selbstständigkeit Deutschlands und eine unerträgliche moralische Belastung unseres Volkes. Eine solche als unerträglich grenzende Belastung besteht bereits in den Belastungsheeren und Kontrollkommissionen unserer Gegner. Zwei Ententenerale kosten uns mehr als sämtliche Reichsminister, der Reichspräsident, der Reichskanzler mit all ihren Aufwandserschuldungen zusammengerchnet. Die dauernden Erschütterungen des deutschen Gleichgewichts verschulden das dauernde Sinken der deutschen Mark mit; ohne ihre Stabilisierung ist weder an das Gleichgewicht des deutschen Staates noch an deutsche Reparationsleistungen auf die Dauer zu denken. Eine äußere Anleihe wird uns nur gewährt, wenn man dem Deutschen Reich für längere Zeit wirtschaftliche Atempolizei gewährt. In einigen Wochen wird die Konferenz von Genèva eröffnet werden. Ihr Ziel ist die Wiederaufrichtung der europäischen Wirtschaft. Auf diese Grundlage europäischer Staatsmänner richten sich unsere Hoffnungen wieder einmal trotz aller trüben Erfahrungen, die uns mit solchen Hoffnungen im Laufe der letzten Jahre begeben waren.

So und ähnlich sprach der Reichskanzler und ließ die Bräuen nach Paris und London besetzen. Es wird verheißt werden, Verhandlungen einzuleiten, die sich auf eine Verlängerung der Fristen, auf eine Ermäßigung der Summen, auf eine Vermeidung ausländischer Finanzkontrolle, auf die Frage einer internationalen Anleihe und die Wirtshilfe der Siegerstaaten gegen die Kapitalflucht aus Deutschland erstrecken werden. Nächsten, sachlich wurde das alles ausgesprochen, denn hart und nüchtern ist die Situation.

Die Rechtsparteien und ihre Organe fühlen sich gegenwärtig wohl in der Rolle der Leute, die es immer gelagt haben. „Seht, wie recht wir behalten“, rufen die eben Patrioten triumphierend, „jetzt endlich müßt ihr einsehen, daß die Politik der Erfüllung unmöglich ist. Wir haben's schon vor einem Jahre gesagt, damals habt ihr's uns nicht geglaubt.“ Sie spekulieren darauf, daß das Volk sehr schnell verzieht. Sie stand es denn im schönen Monat Mai 1921? Die volksparteiliche Regierung mit Fehrenbach an der Spitze dankte ab, weil sie weder den Mut hatte, die Forderungen der Entente zu erfüllen, noch den Willen, den Siegern irgendwelchen Widerstand zu leisten. Damals sprang der sozialistisch-republikanische Regierungsbund in die Bresche und verhinderte damit zunächst einmal die Besetzung des Ruhrreviers. Damals erklärte Wirth, daß wir alle Kräfte anstrengen müßten, um zu verhindern, die uns auszuwändigen Lasten zu tragen und Deutschland Einheit und Selbständigkeit zu retten. Die gegenwärtige Situation verbietet es uns, darauf einzugehen, mit welchen wirtschaftlichen und steuerpolitischen Maßnahmen eine radikalere Verbesserung der deutschen Finanzen möglich geworden wäre. In jedem Fall war die Rechnung der Regierung Wirth richtig, als sie sich sagte: Zeit gewonnen, alles gewonnen! Hat sich etwa unsere außenpolitische Situation in diesem Jahre des Erfüllungsverlaufs verschlechtert? Nein! Die oberste politische Lösung wäre für uns erheblich ungünstiger ausgefallen, wenn Deutschland die Erfüllung der Reparationsleistungen rundweg verweigerte hätte. Frankreich steht heute isolierter da als vor einem Jahre. Frankreich steht heute isolierter da als vor einem Jahre. Zwischen Lloyd George und den Gewaltpolitikern nun Clemenceau und Poincaré spielt sich ein heftiger Kampf ab. In Amerika, England und Italien ist die Einsicht im Wachstum, daß ein wirtschaftlich ruiniertes Deutschland auch den weltwirtschaftlichen Ruin bedeutet. Wir wollen uns nicht in teigereiche Diskussionen und falsche Hoffnungen hineinträumen. Die kommenden Zeiten werden für das deutsche Volk noch sehr hart und schwer werden. Langsam, sehr langsam vollzieht sich der Umschwung im Bewußtsein einer Welt, die durch vier Jahre des Hassens und Nordens gegangen ist. Aber als ein Erfolg der Politik Wirth in Frankreich muß schon gewertet werden, daß Poincarés Vorgänger den Gewaltpolitikern seines Landes den Dienst verweigerte. Es war in Washington, wo Grand Aubrey: Tamohl, es gibt auch noch ein andres als das militaristische Deutschland; das ist das republikanisch-demokratische Deutschland. Und wir hoffen, daß einmal die Zeit kommen wird, da wir uns mit diesem Deutschland verständigen können.

Der Regierung Wirth haben wir höchstens Vorwurfen, daß ihre Politik bei allem guten Willen stark vom Gang zur Weiterentwicklung in den bisherigen Bahnen angekreuzt war, aber in ihrem Lone und ihrer Stellung der Entente gegenüber war sie auf dem richtigen Wege. Und wenn nach Wirth der Deutschnationaler Görgt eine deutschnationalen Wirtshilfe, so hat er dabei immerhin vergessen, daß wir nach dem

Londoner Ultimatum jährlich eigentlich 3 Milliarden Mark in bar zu zahlen hätten, während jetzt unsere Leistungen immerhin schon auf zirka 2 Milliarden Mark herabgesetzt sind. Der Erfüllungswille des Kabinetts Wirth hat sich also für Deutschland nicht erfolglos betätigt, und wir geben trotz aller trüben Erfahrungen die Hoffnung nicht auf, daß sich Deutschland über kurz oder lang mit der Entente auf der Basis politischer und wirtschaftlicher Möglichkeiten verständigt — sofern es gelingt, den militaristischen Trompetern und Kriegsschreibern hüben und bräuen die Trompete zu verstopfen.

Wirths Rede

106. Sitzung, Dienstag den 28. März, 3 Uhr

Die Regierungsbänke, die Plätze der Abgeordneten und die Tribünen sind sehr stark besetzt. Präsident Wirth eröffnet 3/4 Uhr die Sitzung und gibt das Wort zum einzigen Punkt der Tagesordnung „Entgegennahme einer Erklärung der Regierung“ dem Reichskanzler Dr. Wirth:

Der Reichstag hat sich in der vergangenen Woche mit den neuen Steuerentwürfen beschäftigt, die die Regierung unter Würdigung der inneren und äußeren Lage vorzulegen verpflichtet war. Die Bezeichnung „Steuerkompromiß“ kennzeichnet die Tatsache, daß es nur nach langen Bemühungen gelungen ist, für diese Steuerbelastung eine parlamentarische Rechtfertigung zu finden. Die beiden Parteien, die das Kompromiß von links und rechts stützen, haben unter Zurückstellung parteipolitischer und wirtschaftlicher Interessen an den 14 neuen Steuerentwürfen mitgewirkt und schließlich durch die Einbringung der Zwangsanleihe in das Mandatgesetz dem Reiche eine zusätzliche Einnahme von einer Milliarde gesichert, wovon der größte Teil noch die Lasten des Jahres 1922 tragen soll.

Das Steuerkompromiß ist ein integrierender Bestandteil unserer auswärtigen Politik. Wenn das Steuerkompromiß von innen oder außen geächtet wird, wird auch die auswärtige Politik der Regierung in Frage gestellt.

Diese Erklärung ist von außen erfolgt durch die Note der Reparationskommission an die Regierung und durch das Schreiben an den Reichskanzler. Auf das

Stundungsgeßuch

das die Reichsregierung am 14. Dezember wegen der im Januar und Februar fälligen Reparationszahlungen an die Reparationskommission richtete, hätte am 13. Januar die Reparationskommission eine vorläufige Entscheidung, die uns die Verzinsung von 31 Milliarden Goldmark auferlegte und von uns Entschädigungen über Reformen und Garantien verlangte. Diesem Verlangen ist am 28. Januar Folge geleistet worden. Die jetzt erfolgte Entscheidung der Reparationskommission wäre als eine endgültige zu betrachten, wenn wir in der Lage wären, die Bedingungen zu erfüllen, die aber einer nochmaligen Prüfung unterliegt, wenn uns die Erfüllung der Bedingungen nicht möglich sein sollte. Im ersten Falle hätten wir für das Jahr 1922 eine Gewissheit und Sicherheit für die von uns zu leistenden Verpflichtungen; im letzten Falle würden wir uns neuen Entscheidungen gegenübergestellt sehen, für die der Versailles Friedensvertrag und das Londoner Ultimatum zu gelten hätten.

Anstatt der Zahlungen in Gold, die nach dem Londoner Ultimatum in diesem Jahre 3 1/2 Milliarden Mark betragen würden, ist uns jetzt eine Verzinsung im Gesamtbetrag von 720 Millionen Goldmark auferlegt worden. Damit haben wir rechnen müssen, und so große Vorbehalte auch sogar für diese bezugsloßen Verzinsungen gemacht werden mußten, hätte sich aus dieser Regelung eine akute politische Schwierigkeit kaum ergeben. Auch auf die Befreiung der Zahlungen in Höhe von 1450 Millionen Goldmark waren wir gefaßt. Wir würden also in dieser Neuregelung des Zahlungsplans für 1922

eine ziffernmäßige Erleichterung

erblicken können, wenn nicht in der Biffer 4 der Note der unklare und provokierende Charakter dieser Regelung betont und die ganze Geltung des Abkommens

an die Frist des 31. Mai gebunden

wäre. Da zu diesem Zeitpunkt mit die Reparationskommission prüfen, ob der provisorische Aufschub zu beständigen oder für unwirksam zu erklären ist. Für den letzteren Fall behält sie sich ausdrücklich vor, die vorläufig gefaßten Summen innerhalb 14 Tagen einzufordern. In diesem Verfahren kann ich eine praktische Logik nicht erblicken (Sehr richtig!).

denn wenn Deutschland ein Moratorium bewilligt wird, so ist es logisch unmöglich, am 31. Mai über die

anerkannte Tatsache der Zahlungsunfähigkeit

hinwegzugehen und uns neue Forderungen zu stellen, die nicht erfüllt werden können.

In dem Schreiben der Reparationskommission an den Reichskanzler sind die Bedingungen festgestellt worden, in denen wir jene Zahlungsunfähigkeit und neue Erleichterung der Lage zu erblicken haben, die ganz Deutschland mit Recht auf das tiefste erregt hat. (Sehr wahr!)

Der sehr scharf gehaltene Brief

geht nur mit kurzen Worten ein auf die Anstrengungen der deutschen Regierung, den wirtschaftlichen Zustand Deutschlands zu verbessern. Die ernsthaften Anstrengungen der deutschen Regierung werden von der Reparationskommission in keiner Weise geleugnet. (Sehr richtig! Oder, hört!) Insbesondere scheint ich jedes Verständnis für die Bedingungen, unter denen der vorläufigen Zahlungsaufschub bewilligt werden soll, sind einige bereits aus den Verhandlungen in London und Cannes bekannt, und unser Reformprogramm hatte bereits im weitesten Umfang diesen Forderungen Rechnung getragen.

Die prinzipielle Heberhöhung bedingen dagegen zwei Punkte dieser Bedingungen.

Der deutschen Regierung wird aufgegeben, unverzüglich einen Plan vorzubereiten und in Anwendung zu setzen, welcher im Laufe des Rechnungsjahres 1922/23

eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark über die Einnahme hinaus

ergeben soll, welche in diesem Haushalt berechnet ist.

Diese neuen Steuern in Höhe von 60 Milliarden Mark sollen vor dem kommenden 1. Mai bewilligt und in Kraft gesetzt werden, und es sollen von ihr mindestens 40 Milliarden noch in diesem Jahre sichergestellt werden.

Im Namen der Reichsregierung muß ich kurz, bestimmt und eindeutig feststellen, daß dieses eine völlig unmögliche Bedingung und Zumutung ist.

(Große Bewegung.) Es dürfte in diesem Hause niemand geben, der im Ernst an die Möglichkeit glaubt, 60 Milliarden Mark neuer Steuern zu beschaffen. (Sehr wahr!) Mit unendlicher Mühe haben wir versucht, unser Steuerwesen dem gewaltigen Anfordernungen anzupassen, die nach innen und außen an uns gestellt wurden. Unser direktes Steuerwesen ist wie kein andres der Welt ausgebaut und unser indirektes Steuerwesen ist ebenfalls stark erhöht worden. Wir sind gern bereit, in eine sachliche Auseinandersetzung über unsere Steuerbelastung, verglichen mit andern Völkern, einzutreten, nachdem wir schon verschiedentlich der Gegenseite Material über diese Frage geliefert haben. Wenn schon die Biffer, die keinen Friedensvertrag von der Allschwere des Versailles Vertrages auf dem Rücken haben, die umgekehrt die Vorteile des Siegers nach der wirtschaftlichen Seite hin für sich geltend machen können, nicht in der Lage sind, ihren inneren Finanzbedarf durch Steuern zu befriedigen, wie soll das erst beim deutschen Volke möglich sein, das fast die ganze Last des Krieges allein zu tragen und in fünf Jahren seine eigenen Hilfskräfte und Reserven vollkommen aufgebraucht und den Zustand der Produktionsgüter in ungeschützter Weise angegriffen hat.

(Sehr richtig!) Nach der sachlichen Seite hin ist also zu erklären, daß es gänzlich unmöglich ist, Quellen zu finden, aus denen in kurzer Zeit 60 Milliarden neuer Steuereinnahmen geschöpft werden können.

(Lebhafte Zustimmung.) Die Reparationskommission hätte durch Bewilligung eines Moratoriums zu einer Festlegung unserer Geldverhältnisse und damit zur Schaffung gewisser Grundlagen unserer Finanzpolitik beitragen können. Sie hat aber — wenn auch vielleicht ungewollt — das Gegenteil erreicht;

sie hat auf dem Wege über die Markentwertung den ganzen Vorschlag unseres Etats über den Haufen geworfen. Durch die Note der Reparationskommission ist der Preis der Goldmark auf 80 angewachsen und dadurch das Defizit des Haushalts um 28 Milliarden Mark

auf 224 Milliarden Mark gestiegen. (Große Bewegung.) Das ist wieder ein Beispiel dafür, daß Geopolitik nur zu einer Einschränkung der deutschen Leistungsfähigkeit und letzten Endes zur Schädigung der ganzen Weltwirtschaft führt. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Steuerkompromiß fällt die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit

des deutschen Steuerzahlers im gegenwärtigen Augenblick aus. Ich schließe also nicht aus, daß die von uns beschlossenen Steuern einmal hier eine Einschränkung, daz eine Erhöhung oder Ergänzung erfahren. Aber es ist völlig unmöglich, in diesem Augenblick wieder eine neue Steuer in der geforderten ungeheuerlichen Höhe dem eben beschlossenen Steuerkomplex hinzuzufügen. (Sehr wahr!) Die Reparationskommission beweist durch ihre Forderung, daß noch so ernste und gewissenhafte Darlegungen der deutschen Regierung keinerlei Eindruck bei ihr erwecken.

Wenn die deutsche Wirtschaft die Neubelastung tragen könnte, so wäre diese Forderung, worauf ich mit allem Nachdruck und Ernst hinweise, schon aus rein parlamentarisch-politischen und technischen Gründen eine Unmöglichkeit, um nicht zu sagen, eine Unannehmlichkeit. (Sehr wahr!) Die Regierungen der Länder, die uns diese Zumutung gemacht haben, müßten wissen, daß die Regierung in einem parlamentarischen Staate nicht von heute auf morgen ein unmitttelbar vor dem Abschluß stehendes parlamentarisches Werk umwerfen und auf Befehl des Auslandes

mit ganz neuen Zumutungen an das Parlament herantreten kann. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Bedingung der Reparationskommission ist auch noch von einem andern Gesichtspunkt aus zu prüfen, für den ich in diesem Hause jedes Verständnis voraussetzen darf, da es ja bezuhen ist, mit der Reichsregierung die Rechte und die Würde des deutschen Volkes und des Reiches zu wahren. (Weiß!) Wir haben uns zu fragen,

ob die uns aufgestellten Verträge es gestatten, daß das Ausland so in die Angelegenheiten des Reiches und die gesetzgeberischen Befugnisse des Reichstages eingreift. Die Note sieht eine

ausgedehnte Heberhöhung der Steuerveranlagung und Erhebung

vor. Ich lasse dahingestellt, wie weit diese Maßregel praktische Geltung finden würde. Gegen das Prinzip jedoch lege ich schon heute im Namen der Regierung scharfe Verwahrung ein. Ich erwachte es als mit dem Selbstbestimmungsrecht eines Volkes und mit der Ehre einer großen Nation für unvereinbar, daß man ihr fremde Organe zur Heberhöhung der einzelnen Zweige bestimmter Verwaltungen beizigelt. (Lebhafte Beifall.) Keine deutsche Regierung darf sich im Interesse unseres verarmten und notleidenden Volkes der Zumutung unterwerfen, daß bei jeder größeren Steueränderung